

Wir müssen die Großen enteignen

Steigende Mieten, Sanierungen, die die Miete noch weiter in die Höhe treiben, das Problem eine neue bezahlbare Wohnung zu finden, wer hat es nicht bereits am eigenen Leib erfahren oder kennt es von Freund_innen und Verwandten. Doch seit Jahren mehrt sich in Berlin der Widerstand gegen Immobilienspekulation und Verdrängung. Das Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ will dafür sorgen, dass sich die Situation in Berlin grundlegend verändert.

Die Wohnungsnot ist hausgemacht

Seit den 90er Jahren wurden in Berlin 220.000 landeseigene Wohnungen privatisiert. Der größte Coup war der Verkauf der landeseigenen GSW, mit 65.000 Wohneinheiten, unter dem damaligen rot-roten Senat. Für durchschnittlich 30.000 Euro wurden die Wohnungen verkauft, was 50 Prozent unter dem damaligen Marktpreis lag. Nach bereits fünf Jahren hatten die Investoren durch Mietsteigerungen, fehlende Instandhaltung und andere Maßnahmen ihre Investitionen wieder rein, nur dass sie immer noch im Besitz der Wohnungen waren. Und damit begann das große Absahnen, denn die Mieten sind sprichwörtlich explodiert, sodass die großen Immobilienfirmen Milliardengewinne machten. Wohnraum ist im Kapitalismus eine Ware und mit dieser wollen die Eigentümer_innen möglichst viel Profit erwirtschaften. Die „Mietpreisbremse“, die in Berlin seit 2015 gilt, hilft nicht. Seit ihrer Einführung sind die Berliner Mieten um 34 % gestiegen, im gleichen Zeitraum vor ihrer Einföhrung waren es „nur“ 25 %. Und auch der Neubau hilft nicht den einkommensschwachen Haushalten. Unter den 15.669 Neubauwohnungen, die 2017 fertiggestellt wurden, gab es nur 666 Sozialwohnungen. Gerade für ärmere Menschen, aber auch zunehmend für besser Verdienende, wird es schwer eine Wohnung zu finden. Wer mehr als 30 % seines Haushaltseinkommens für Miete bezahlt, der bezahlt zu viel. Für viele wird das zum Armutsrisiko.

Die Stadt zurück kaufen?

Diese Woche startet die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren. Es will wieder für preiswerten Wohnraum sorgen. Dafür sollen die Wohnungen aller Unternehmen, die mehr als 3.000 Wohnungen besitzen, enteignet werden. Ungefähr 200.000 Wohnungen würden dadurch wieder in städtische Hand gelangen, ungefähr so viele, wie in den letzten 30 Jahren verkauft wurden. Die Eigentümer_innen sollen „deutlich unterhalb des Marktwertes“ entschädigt werden, die Summe soll der Senat festlegen.

Es wird also nicht über ersatzlose Enteignung diskutiert, sondern über Rückkauf. Was das kosten

soll, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die Initiator_innen schlagen etwa 10 Mrd. Euro Entschädigung vor, damit hätten die Unternehmen immer noch satte Profite erwirtschaftet. Der Senat, der mehrheitlich ablehnend reagiert, spricht von bis zu 36 Mrd. Euro. Dies wäre allerdings ein Rückkauf zum aktuellen Marktpreis, den die Immobilienhaie selbst in diese Höhen getrieben haben.

Die Ratingagentur Moody's hat sogar angedroht, die Kreditwürdigkeit von Berlin herabzustufen, falls es zur Vergesellschaftung kommt. Der weltweit größte Vermögensverwalter BlackRock ist übrigens größter Aktionär von Deutsche Wohnen und gleichzeitig drittgrößter Anleger bei Moody's! Ein Schelm, wer dabei an einen Zusammenhang denkt.

Mieten runter – Löhne rauf, keine Entschädigung für Spekulanten!

Die Wohnsituation in Berlin verschärft sich ständig und auf die Mietpreisbremse brauchen wir nicht setzen.

Was wir akut brauchen, ist ein sofortiger Mietenstopp, eine Erhöhung aller Löhne, mit denen wir die realen Bruttomieten auch bezahlen können, einen sozialen Wohnungsbau, der diesen Namen verdient, für genug bezahlbaren Wohnraum im innerstädtischen Bereich!

Auch wenn am Ende der Volksentscheid erfolgreich sein sollte, so bliebe die politische Frage, welche Entschädigungssumme der Senat festlegen wird. Das Volksbegehren richtet sich gegen die großen Konzerne, die auf dem Rücken von uns Mieter_innen jahrelang Milliarden gescheffelt haben. Warum sollen ihnen dafür jetzt noch zig Milliarden hinterher geworfen werden?! Eine entschädigungslose Enteignung wäre mehr als gerechtfertigt. Doch über all die wichtigen Fragen entscheidet kein Kreuz auf einem Stimmzettel, sondern nur politischer Druck und Mobilisierungen.

Deshalb beteiligen wir uns an der

Demonstration gegen steigende Mieten und Verdrängung am Samstag, 6. 4. um 12 Uhr am Alexanderplatz.

Von KollegInnen für KollegInnen...

Eine Schippe mehr geht immer

Das neue Berufsgruppenmodell für Fusion BAM wurde uns vorgestellt und die Freude war groß. Endlich vier BAMs fahren statt drei, endlich alle Messungen ganz alleine machen dürfen und endlich so viele Wartungen pro Spezialist, dass man richtig ins Schwitzen kommt. Auslastungen bis 99%, einfach toll! Weil jeder von uns dann mehr arbeitet als davor, können auch ein paar Leute endlich entlassen werden. Was solls, wir sind ja bekanntlich eh zu viele und zu teuer. Das neue Modell wird kommen, wenn wir nichts dagegen machen. Nur wenn wir richtig den Mund aufmachen und zeigen, dass wir nicht alles mitmachen, kann das verhindert werden.

UnFAIRteilen?

Die erste Woche Zwei-Schicht bei Mach3 hat begonnen und die Maschinen können nachts endlich mal ein bisschen ausruhen. Viele von den Maschinen müssen ja bald auch umziehen, da schadet ein bisschen Ruhe sicher nicht. Uns gönnt man die Ruhe natürlich nicht. Die aufgelöste Mach3 Schicht wurde umverteilt und viele sind in andere Abteilungen gekommen, wo sie jetzt neu angelernt werden. Und wenn die „neuen“ KollegInnen dann richtig angelernt sind, werden die nächsten Befristeten fliegen...

Jetzt oder nie!

Die Neuverteilung von uns Mach3 KollegInnen nimmt immer mehr an Fahrt auf. In den meisten Fällen sollen wir dann andere KollegInnen ersetzen, deren Verträge nicht verlängert werden. Eine beschissene Situation für alle Beteiligten. Wenn im Laufe des Maschinenabbaus bei Mach 3 die nächste Welle KollegInnen kommt, sieht es noch schlechter aus für alle Befristeten. Wenn wir zusammen noch was erreichen wollen für alle KollegInnen ohne Festvertrag, dann jetzt. Jetzt braucht die Geschäftsleitung noch jeden befristeten Kollegen. Ohne uns würde die Produktion zusammenbrechen. Das müssen wir ausnutzen, wenn wir noch etwas rausholen wollen.

Gillette International

In den letzten Wochen hatten wir viel Besuch in der Fabrik. Polnische KollegInnen waren zum Lernen da, Trainer aus Boston haben trainiert (oder Wissen mitgenommen) und irgendein hoher Chef ist durch die Fabrik spaziert, weswegen alles schön ordentlich aussehen musste. Auf wirtschaftlicher Ebene arbeiten die Standorte also bestens zusammen. Wir ArbeiterInnen trainieren uns gegenseitig, helfen beim Maschinenaufbau in Polen und sollen dafür sorgen, dass die Produktion weltweit immer besser läuft. Andererseits werden unsere Arbeitsbedingungen und Löhne dann gegeneinander ausgespielt. Erst helfen wir den polnischen KollegInnen in der Produktion, dann heißt

es bestimmt wieder, dass die nur ein Drittel von unserem Lohn bekommen und wir deshalb einsparen müssen. Statt dieser Konkurrenz zu folgen, sollten wir mit den KollegInnen aus anderen Standorten über unsere Arbeitsbedingungen und Löhne reden und voneinander lernen, wie man Verbesserungen durchsetzt.

Wenn wir zum Beispiel gegen den nächsten Stellenabbau streiken sollten, wird P&G bestimmt versuchen, an anderen Standorten Sonderschichten zu fahren um den Streik zu unterlaufen. Um dieses Ausspielen zu verhindern, müssen wir uns kennenlernen und als ArbeiterInnen international vernetzen.

Infinera, Osram, Ledvance – überall dasselbe Spiel

Was haben diese drei Firmen gemeinsam? Sie gehörten früher zu Siemens, bei allen haben Gewerkschaft und Betriebsräte in den letzten Jahren immer wieder Zugeständnisse akzeptiert und Entlassungen hingenommen. Infinera soll dieses Jahr schließen, Ledvance hat noch eine „Garantie“ bis 2020. Was haben die Zugeständnisse gebracht? Alle werden wahrscheinlich auf kurz oder lang schließen mit dem Unterschied, dass sich die Arbeitsbedingungen permanent verschlechtert haben und die Abfindungen nur noch ein Bruchteil so hoch sind wie früher. Wenn wir nicht dem gleichen Schicksal unterliegen wollen, müssen wir langfristig verhindern, dass Stück für Stück das Werk geschlossen wird.

Ein Fest, vor allem für Großaktionäre

Wer den Aktienkurs von P&G regelmäßig verfolgt, der hat bemerkt, dass die Aktie seit einem Jahr um fast 50 Prozent gestiegen ist. Im selben Zeitraum gab es in vielen P&G Standorten „Vergleichsstudien“ wie bei uns. Wer einen Zusammenhang zwischen Aktienkursanstieg und Einsparungen erkennen möchte, der irrt sich natürlich. Nur allein von Aktien leben kann keiner von uns. Das können nur diejenigen, die sehr viele Aktien besitzen, die haben aber auch noch nie auf der Fläche gearbeitet.

Wer reich ist, bezahlt fast nix

Obwohl die reichsten 10% der Deutschen zwei Drittel des gesamten Vermögens besitzen, fällt ihr Anteil am Steueraufkommen gering aus. Nur 2,9% am Steueraufkommen kommen aus vermögensbezogenen Steuern. Das heißt, dass Reiche fast nix für den Erhalt von Schulen, Straßen, Krankenhäusern etc. bezahlen. Eine Vermögenssteuer, die es seit 1997 nicht mehr gibt, würde nach Schätzungen 20 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. Doch weder von der CDU, AFD, SPD und co. ist eine solche Steuer zu erwarten.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter

flugblatt_gillette@gmx.de ||

www.sozialismus.click

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin